



Julia Klöckner
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 0 30/22 7-7 07 00 - Fax: 0 30/22 7-7 67 01
www.julia-kloeckner.de - Email: julia.kloeckner@bundestag.de

Verschuldung: Landesregierung muss bei sich selbst sparen

CDU-Politikerin Julia Klöckner ist gegen unehrliche Schuldenbremse nach dem Modell „Schweizer Käse“

„Die Haushaltssituation in Rheinland-Pfalz ist desolat. Und nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. 2008 war ein steuerstarkes Jahr, die Landesregierung hat diese Mehreinnahmen aber nicht genutzt, um Schulden abzubauen, im Gegenteil, es wurden immer neue gemacht. Keine Familie oder kein Unternehmen dürfte sich das erlauben. Bei Steuerschulden steht sofort das Finanzamt auf der Matte. Ich bin der Meinung, der Staat und das Land müssen Vorbild sein. Es kann doch nicht sein, dass eine Landesregierung etwas von den Bürgern verlangt, was sie selbst nicht einhält. Die Quittung für die schlechte Finanz- und Haushaltspolitik in Rheinland-Pfalz ist eine jährliche Zinslast von 1,2 Milliarden Euro! Nirgends ist die Schuldendynamik so groß wie in Rheinland-Pfalz. Es geht immer schief, wenn man sich Zustimmung mit dem Scheckbuch erkaufen will, das noch nicht mal gedeckt ist“, so Julia Klöckner.

Sie hatte sich bereits im vergangenen Jahr für eine Verankerung einer echten Schuldenbremse in die Landesverfassung ausgesprochen. „Aber nur für eine Schuldenbremse, die auch den Namen verdient, keine weiteren Ausnahmen. Nur bei Katastrophen oder konjunkturellen Einbrüchen, so wie es der Bund vorsieht. Es ist schon vielsagend, dass die SPD in Rheinland-Pfalz zusätzliche Ausnahmen fürs Schuldenmachen im Auge hat und sich weigert, die Schatten- und Nebenhaushalte transparent offen zu legen. Denn hier schlummert auch noch einiges“, so Klöckner. Zudem erinnerte sie daran, dass es die SPD-geführten Bundesländer waren, die bei der Föderalismusreform sich lange gegen die Einführung der Schuldenbremse gewandt hatten.

„Die Landesregierung muss vor allem beginnen, bei sich selbst zu sparen. Hier sehe ich keine Alternative!“, so Julia Klöckner.

PRESENMITTEILUNG